



Die Grünen wollen den Bodenverbrauch auf 2,5 Hektar pro Tag begrenzen. Das entspricht rund 3,5 Fußballfeldern, die täglich neu für Straßen, Häuser oder Betriebsflächen in Anspruch genommen werden könnten. Tatsächlich ist der Bodenverbrauch in unserem Land derzeit fast fünf Mal höher. Etliche Bundesländer und die Gemeinden wehren sich gegen einen verbindlichen Grenzwert.

Strenge Grenze für den Bodenverbrauch?

JA

WERNER KOGLER,
Vizekanzler (Die Grünen)

„Dort, wo früher die Kinder spielten, steht heute ein Fachmarktzentrum in Betonschachtel-Form neben dem anderen. Wo früher ein Feld war, sind heute asphaltierte Parkplätze. Täglich wird in Österreich eine Fläche von 16 Fußballfeldern an gesunden Böden verbraucht. Wir gehören damit zu den traurigen Spitzenreitern in Europa. Gleichzeitig sterben unsere charakteristischen Ortskerne und Innenstädte aus und sorgen vielerorts für Geisterstadt-Atmosphäre. Wenn wir so weitermachen, bleiben uns in weni-



gen Jahrzehnten keine Ackerflächen mehr übrig, auf denen wir Gemüse und Getreide anbauen können. Wir Grüne wollen diese Naturzerstörung beenden. In der Bundesregierung haben wir uns deshalb darauf verständigt, dass höchstens 2,5 Hektar an gesunden Böden

pro Tag verbraucht werden sollen. Mehr als 80 Prozent der Menschen sehen das auch so. Damit können wir noch über 20.000 Kindergärten oder über 600.000 Wohnungen pro Jahr errichten, weit mehr als benötigt. Dennoch blockieren unverbesserliche Betonierer dieses verbindliche Ziel und setzen weiter auf altes Denken und neuen Beton. Diese Blockade muss enden, denn wir können Wohnen, Wirtschaft und Naturschutz unter einen Hut bringen. Für das Wohl unserer Kinder und Enkelkinder.“

NEIN

JOHANNES PRESSL,
Gemeindebund-Präsident

„Wir brauchen Instrumente, um den Bodenverbrauch einzudämmen, eine absolute Grenze ist unrealistisch und hilft uns nicht. Wir schlagen etwa Förderungen für den Einbau einer zweiten und dritten Wohneinheit in Einfamilienhäusern vor. Das würde den sozialen Zusammenhalt stärken, die Wirtschaft unterstützen und Neubauten von Einfamilienhäusern auf der grünen Wiese eindämmen. Die Grundsteuer ist zudem seit 25 Jahren nicht mehr an die steigenden Preise angepasst worden. Bei

einer Reform könnte sie dort höher sein, wo man einen Lenkungseffekt haben will. Auch die Frage der Rückwidmungen muss diskutiert werden. Wenn eine Gemeinde Flächen zurückwidmen will, sieht sie sich heute einer Ersatzförderung gegen-



über, weil das Grundstück deutlich mehr wert ist. Die 2,5-Hektar-Grenze ist eine vorgeschützte Politdiskussion. Umgelegt auf den Dauersiedlungsraum bedeutet sie für eine durchschnittliche Gemeinde pro Tag zwölf Quadratmeter, die verbaut oder genutzt werden können. Was tun wir mit einem Betrieb, der fünf Hektar braucht und tausend Arbeitsplätze bringt?

Beginnen wir dann einen Flächenhandel zwischen den Gemeinden oder gibt es ein Kontingentierungssystem?“